

# Die rätselhafte Welt der Arbeit

## Jahresbericht 2014

Unter diesem Motto startete vpod-ngo im Frühjahr 2014 einen Wettbewerb, mit dem Ziel, die Mitarbeitenden in NGO auf Fragen der Anstellungsbedingungen zu sensibilisieren, den Bekanntheitsgrad von vpod-ngo in möglichst vielen Organisationen zu verbessern und neue Mitglieder zu gewinnen.

Innerhalb eines Monats konnten über 6000 Wettbewerbskarten in zahlreichen NGO in der ganzen Schweiz verteilt werden. Die sieben Wettbewerbsfragen waren wohl nicht einfach zu lösen, aber alle Preise konnten per Los vergeben werden. Die Mitgliederwerbung ist eine zentrale Aufgabe aller Gewerkschaften, also auch für vpod-ngo. Inwieweit sich der Wettbewerb diesbezüglich positiv ausgewirkt hat, ist schwierig zu beurteilen. Mit mehr Mitgliedern können die Gewerkschaften und wir vom vpod-ngo die Angebote an Beratung und die politische Arbeit ausbauen. Positive Rückmeldungen einzelner Mitglieder oder Personalkommissionen zeigen uns, dass unsere Arbeit sowohl im Arbeitsalltag als auch beim Auf- und Ausbau der Mitwirkungsrechte wichtig ist und weitergehen muss. Deshalb sollte unserer Ansicht nach gerade im NGO-Bereich der Solidaritätsgedanke vermehrt spielen und die Mitgliedschaft beim vpod-ngo selbstverständlich sein.

### 2014 im Zeichen der GAV Verhandlungen

Nach wie vor sind Gesamtarbeitsverträge in NGO eine Seltenheit. Insbesondere die Arbeitsgeberseite erkennt nur zögerlich an, dass ein GAV auch für NGO ein guter Weg ist: Sowohl nach innen (Rechtssicherheit, Sozialpartnerschaft) als auch nach aussen (Glaubwürdigkeit, Umsetzung eigener Forderungen). Das vorläufige Scheitern eines GAV mit Brot für Alle ist leider ein Beispiel dafür, dass es diesbezüglich noch viel Überzeugungsarbeit braucht. Das Vertragswerk war Ende 2013 zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmenseite fertig ausgearbeitet und wurde in einer Urabstimmung vom Personal praktisch einstimmig gutgeheissen. Auch die Geschäftsleitung war dafür, nicht aber der Stiftungsrat. Obwohl er bis dahin das GAV-Projekt mitgetragen hatte, entschied er sich letztendlich doch dagegen und beschloss, lediglich ein Personalreglement auszuarbeiten. Die Mitarbeitenden wandten sich vergeblich mit einem engagierten Brief an den Stiftungsrat: «... Der Slogan Brot für alle – für eine gerechtere Welt – ist grundlegend für unser Engagement als Mitarbeitende von Brot für alle. Um eine bessere Welt zu schaffen,

setzt Brot für alle auf 'Empowerment' ... Der Gesamtarbeitsvertrag ist für uns Ausdruck eines solchen Geistes. Er entspricht derjenigen Form eines Personalreglements, welches den Mitarbeitenden dieses 'Empowerment' ermöglicht». Anfang 2014 wurde eine interne Arbeitsgruppe gebildet (ohne vpod-ngo), die im Laufe des Jahres ein neues Personalreglement erarbeitet hat. Zwar wurden einige im GAV-Entwurf vorgesehene Verbesserungen übernommen, der Kündigungsschutz bei Krankheit und Unfall ist aber nicht mehr absolut zugesichert. Und auch die Mitbestimmung des Personals entspricht nicht mehr dem sozialpartnerschaftlichen Modell eines GAV. Seit Herbst 2014 sind wir in GAV-Verhandlungen mit der Erklärung von Bern EvB und der Bildungsorganisation ECAP, dort sitzt auch eine Vertreterin der UNIA am Verhandlungstisch. Die Arbeit ist sehr aufwendig, aber ebenso spannend. Beide Organisationen kannten bislang ein Personalreglement, teils mit rechtlichen Lücken oder Bestimmungen, die heute nicht mehr anwendbar sind. Geplant ist, dass der GAV mit der EvB im Sommer und derjenige mit ECAP im Herbst 2015 soweit abgeschlossen werden kann.

### RAV zeigt sich unerbittlich – aus der arbeitsrechtlichen Beratung des Sekretariats

Im März 2014 wies das Verwaltungsgericht des Kantons Bern die Beschwerde von Marianne B. (Mitglied bei vpod-ngo) ab. Nach einem Unfall verlor Marianne ihre Stelle und war gezwungen, sich beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum RAV anzumelden. Das Arbeitslosen-Gesetz sieht vor, dass die Arbeitsbemühungen jeweils spätestens am fünften Tag des folgenden Monats beim RAV eingereicht werden müssen. Das tat Marianne zuverlässig bis auf das eine Mal: Da die Post an ihrem Wohnort am Samstag um 11.00 Uhr bereits geschlossen war, warf sie ihre Bewerbungsunterlagen in den Briefkasten, der zur Postfiliale gehört. Der Post-Briefkasten wird gemäss Anschrift jeweils Montagabends um 18.00 Uhr geleert. Marianne ging also davon aus, dass ihr mit A-Post frankiertes Couvert fristgerecht am Dienstag, also gemäss gesetzlichen Vorgaben am fünften Tag beim RAV eintreffen wird. Der Poststempel auf dem Couvert war tatsächlich derjenige vom Montag, trotzdem traf der Brief erst am Mittwoch, also einen Tag zu spät beim RAV ein. Dieses bestrafte Marianne umgehend mit vier Einstelltagen, was für sie finanziell schmerzhaft war, da ihre

eh kleine Arbeitslosenunterstützung auf dem Einkommen einer Teilzeitstelle beruhte.

Mit Unterstützung von vpod-ngo erhob sie Beschwerde gegen diese Verfügung, zumal offensichtlich der Fehler auch bei der Post zu suchen war. Ihre Beschwerde wurde aber letztlich auch vom Verwaltungsgericht abgewiesen: «... Der Umstand, dass die Beschwerdeführerin bis anhin alle Anforderungen und Weisungen des RAV fristgerecht und vollumfänglich befolgt hat, tangiert die Einstellung wegen zu spät eingereichten Arbeitsbemühungen nicht; sind doch diese Pflichten stets für jede Kontrollperiode neu zu erfüllen.» Zudem bestehe «Beweislosigkeit, die zur Beweislast der Beschwerdeführenden führt, da diese aus dem unbewiesenen Sachverhalt Rechte ableiten will ... Die Beschwerdeführerin hat die Arbeitsbemühungen per A-Post versandt und kann daher keine Beweise oder Belege – wie beispielsweise die Quittung einer eingeschriebenen Postsendung – einreichen, die die rechtzeitige Abgabe des Nachweisformulars auf der Poststelle nachweisen.»

### Gruppe Sozialbereich Zürich und vpod-ngo – erfolgreicher Vorstoss am SGB-Kongress

Die SGB-Fachkommissionen Bildung und Sozialpolitik wurde am Kongress Ende Oktober 2014 gemäss dem Vorstoss beauftragt, die Praxis der RAV im Hinblick auf die berufliche Grund- und Weiterbildung sowie der Umschulung von arbeitslosen Personen zu sichten und Vorschläge zu erarbeiten für Massnahmen, mit denen sich der SGB für eine bessere, einheitlichere und gerechtere Praxis einsetzen kann. Ziel ist es, die Gewerkschaftsmitglieder für das Thema zu sensibilisieren, die Grundlagen zu erarbeiten und entsprechende Vorstösse gegenüber dem SECO, dem RAV und allenfalls in den Räten vorzubereiten. Dazu werden Präzedenzfälle aus den Bereichen gesammelt.

*Begründung:* 1) Die Praxis der RAV ist sehr widersprüchlich und oft sehr repressiv. In vielen RAV werden fördernde Kurse oder berufliche Umorientierungen bewilligt. An andern Orten werden nur Bewerbungen im angestammten «Beruf» zugelassen und Abweichungen sanktioniert

oder gar mit einem Rauswurf aus der Arbeitslosenkasse bedroht. Diese Willkür belastet Arbeitslose ebenso sehr wie in der Arbeitsintegration tätige Mitarbeitende. Eine Verbesserung und Klärung dieser Praxis soll die Situation der Arbeitslosen unmittelbar verbessern.

2) Die Gewerkschaftsbewegung soll durch ihre Präsenz in diesem Thema an Glaubwürdigkeit gewinnen. In den jährlich erhobenen Sorgenbarometern stellt die Angst vor Arbeitslosigkeit über Jahre hinweg eine der grössten Sorgen der Schweizer Bevölkerung dar. Umso wichtiger ist es, dass sich die Gewerkschaften aktiv um die Belange der Arbeitslosen kümmern. Vorstösse gegenüber dem SECO, dem RAV und der Politik können die Situation enorm verbessern.

3) Das Thema Weiterbildung und Umschulung ist ein zentrales und gut zu vermittelndes Anliegen. Es hilft individuell den Betroffenen und stellt eine angemessene gewerkschaftliche Antwort auf strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes dar.

Ende 2015 läuft zudem der GAV mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk und Solidar Suisse aus. Wird er auf Ende Juni nicht gekündigt, verlängert er sich automatisch um ein Jahr. Es wird jedoch Verhandlungen geben: Die Arbeitgeberseite möchte einige Punkte neu verhandeln. Aber auch von Seiten der Arbeitnehmenden gibt es Forderungen nach Präzisierung verschiedener Bestimmungen resp. Einführung neuer Artikel, insbesondere hinsichtlich des Ablaufs vor einer individuellen Kündigung sowie der Weiterbildung.

### **Lohnvergleich und Leistungsverträge: neue Studien in Auftrag gegeben**

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung 2014 hat sich der Vorstand von vpod-ngo im August an einer Retraite vertiefter mit dem Thema Leistungsverträge und Auswirkungen auf die Anstellungsbedingungen in den NGO befasst. Ein Thesenpapier wurde erarbeitet und das wei-

Schluss Seite 4

### **Leistungsverträge: zwei Beispiele und deren konkrete Auswirkungen**

#### ***Kanton Bern – beim Kürzen rasend schnell:***

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern GEF änderte im Sommer 2014 den Verteilschlüssel und die Auftrags-Ausgangslage im Bereich BIAS (Beschäftigungs- und Integrationsangebote in der Sozialhilfe) per Anfang 2015. Das SAH Bern verlor dadurch mit einem Schlag ein Auftragsvolumen von rund 700'000 Franken und musste innerhalb eines halben Jahres auf Ende 2014 diverse Arbeitsanlagen schliessen und mehrere Mitarbeitende entlassen.

#### ***Staatssekretariat für Wirtschaft SECO –***

#### ***Hüst und Hott:***

Mitte 2012 übernahm das SAH-Netzwerk (Dachorganisation der SAH Inlandvereine) das Projekt Prima, welches bislang direkt vom SECO als nationale arbeitsmarktliche Massnahme geführt worden ist. Prima richtet sich an Stellensuchende mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 60%, die bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) angemeldet sind: «Prima unterstützt die Teilnehmenden während 12 Wochen professionell bei ihrer Stellensuche, fördert sie in ihrer zielgerichteten Marktbearbeitung, optimiert ihre Arbeitsmarktfähigkeit und stärkt damit ihre Eigenverantwortung und ihr Selbstbewusstsein. Dabei werden sie von kompetenten Fachpersonen individuell und ressourcenorientiert beraten.» Knapp zwei Jahre nach der Übergabe ans SAH, im September 2014, kündigte das SECO an, dass es seine finanzielle Unterstützung kürzen werde. Dies hatte bei den SAH-Prima-Projekten Entlassungen oder Pensumsreduktionen zur Folge.

Umgekehrt aber unterstützt das SECO den am 1. April 2015 neu gegründeten Dachverband «Check your Chance, CYC – Projekte für jugendliche Erwerbslose» finanziell, in welchem Umfang ist allerdings noch unklar. CYC ist eine Art Plattform für Angebote gegen Jugendarbeitslosigkeit, das SAH-Netzwerk gehört zu den Gründungsmitgliedern. Viele finanzielle und organisatorische/operative Fragen sind noch offen, so dass unklar ist, wo und welche Projekte neu initiiert oder bestehende ausgebaut werden können. Präsident des Dachverbands ist Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands.

«Check your Chance» will das 2010 von der Crédit Suisse lancierte Programm CT2 weiterführen. Die Crédit Suisse stellte für CT2 bis Frühjahr 2015 während vier Jahren insgesamt rund 30 Millionen Franken zum Aufbau von Integrations-/Coaching Programmen für jugendliche Erwerbslose mit Bildungsabschluss zur Verfügung. Das SAH beteiligte sich am CT2-Programm und konnte in verschiedenen Regionen entsprechende Angebote aufbauen. Unter anderem aus finanziellen Gründen wurden die CT2-Programme aber im Laufe der Zeit (zuletzt SAH Basel im April 2015) aufgelöst, einzelne Mitarbeitende mussten entlassen, bzw. die befristet Angestellten konnten nicht länger weiterbeschäftigt werden.

Eine nahtlose Weiterarbeit im Rahmen der, von Check your Chance vorgesehenen Projekte war wegen der erwähnten Unklarheiten leider nicht möglich. Prima – CT2 – CYC, ob dem Hüst und Hott geht (einmal mehr) viel Know How und Engagement von Kolleginnen und Kollegen verloren.

Schluss von Seite 3

tere Vorgehen diskutiert. Mit dem Büro BASS wurde die Realisierung einer Umfrage zu diesem Thema abgeklärt. Dank finanzieller Unterstützung zahlreicher NGO und des VPOD (Landesvorstand) konnte bis März 2015 die Finanzierung gesichert werden, so dass das Büro BASS mit der Umfrage starten kann. Parallel dazu untersucht eine Masterstudentin – mit Unterstützung und in Absprache mit dem Büro BASS – die Vergabepaxis von Kantonen und Bundesämtern; der Fokus liegt dabei auf der Frage, inwieweit Anstellungsbedingungen und Qualitätslabels bei der Vergabe von Geldern mit einbezogen werden (Submissions- und Auswahlverfahren). Parallel zur Studie zu Leistungsverträgen wird auch die Lohnstudie von 2009 aktualisiert. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

### Vorstandsarbeit & Finanzen

Der Vorstand traf sich an fünf Vorstandssitzungen und zu einer ganztägigen Retraite auf dem Berner Hausberg «Gurten». Allen Vorstandsmitgliedern sei an dieser Stelle herzlich gedankt für ihr wichtiges Engagement in der fachlichen und personellen Begleitung des Sekretariats. Auch geht ein grosser Dank an die Revisoren und an Bruno Hangarter, der für die Buchführung verantwortlich zeichnet. Die Jahresrechnung 2014 schliesst mit einem Defizit von 2'795.15 ab, bei Einnahmen von 115'130.55 und einem Aufwand von Fr. 117'925.70. Die Mitgliederbeiträge für 2015 bleiben unverändert zum Vorjahr. Die aktuelle Beitragskala ist publiziert auf [www.vpod-ngo.ch](http://www.vpod-ngo.ch) oder kann beim Sekretariat bestellt werden.

## Mitbewirkungsstimmrechte in NGO?

Weitere Infos unter Thema des Monats auf [www.vpod-ngo.ch](http://www.vpod-ngo.ch)

VPOD-NGO

Schwanengasse 9, 3011 Bern

Tel. 031 - 312 83 28 Fax 031 - 312 40 45

[info@vpod-ngo.ch](mailto:info@vpod-ngo.ch) [www.vpod-ngo.ch](http://www.vpod-ngo.ch)

### Nationaler SAH Personaltag:

#### Das bedingungslose Grundeinkommen im Fokus

*Alle Mitarbeitenden der SAH Vereine und von Solidar Suisse sind einmal im Jahr zu einem nationalen Personaltag eingeladen. Dieser fand 2014 in Basel statt. Die nationale Personalkommission PeKo-N organisiert diesen Tag, gemeinsam mit SAH-Mitarbeitenden vor Ort. Nebst statutarischen Geschäften der PeKo-N und weiteren Fragen zum GAV oder anderen, in den SAH Vereinen anstehenden Themen, wird in der Regel auch ein aktuelles Thema in den Vordergrund gestellt.*

*2014 diskutierten die gut 130 Anwesenden Fragen rund um die Volksinitiative für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher und Mit-Initiant des Volksbegehrens stellte das Projekt vor. Eine alternative Finanzierung sowie seine Erfahrungen während der Unterschriftensammlung machten klar, welche Dimensionen der zu Grunde liegende Systemwechsel haben würde.*

*Anschliessend moderierte Ueli Mäder, Professor für Soziologie in Basel, eine offene Diskussion zwischen Publikum und Podiumsteilnehmenden: Prof. Sascha Liebermann, Fachbereich Bildungswissenschaft der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter, Deutschland, hob die Chancen dieses Systemwechsels hervor – angesichts grosser Ungerechtigkeiten und einer gesellschaftlichen Zentrierung auf die Erwerbsarbeit. Doris Bianchi, Vertreterin der Gewerkschaften, machte ihrerseits klar, wieso die Gewerkschaften als traditionell linke Kraft sich gegen diese soziale Umwälzung stellen. Für sie stehen die ArbeitnehmerInnen im Zentrum. Aus der Diskussion über das Grundeinkommen erhofft sie sich jedoch neuen Schwung für die Diskussion über gesündere Arbeitszeiten. Ruth Gurny vom Denknetz hingegen machte klar, dass es keine einfache Lösung für die komplexen Fragen unserer Gesellschaft gebe. Speziell dann nicht, wenn die Finanzierung von einem Finanzsystem abhängig ist, das wir alle grundsätzlich für hoch problematisch halten. Mit seiner eigenen Meinung, seinen Zusammenfassungen und zusätzlichen Erklärungen gelang es Moderator Ueli Mäder die drei Kernpunkte des Themas klar zu machen: Was bedeutet für uns Arbeit? Die Frage der Finanzierung kann nicht umgangen werden. Und, besonders für uns Mitarbeitende eines sozialen Vereins: Welches Menschenbild haben wir vor Augen, wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie wir unsere Gesellschaft gerecht und erfolgreich organisieren wollen?*

Marc Prica, SAH Basel, Mitglied der nationalen PeKo im SAH

Redaktion:

Catherine Weber und Urs Sekinger

Druck: wälti druck, Ostermundigen